

genständigen Leben führte, sondern auch die römische Disziplin, Organisations- und Verwaltungsfähigkeit und die ununterbrochene Auseinandersetzung mit den Nomaden. Als Rom von den Barbaren besetzt war und es im Reich keine Armee mehr gab, kämpften am Limes die übriggebliebenen Legionen verbunden mit den Eingeborenen wie eh und je um die Eigenständigkeit ihrer Kultur, die sich vom Zentrum wie von der Peripherie gründlich unterschied. Diese Erfahrung ist in den noch heute „vallum“ genannten Gebieten Wales, Wallonien und der Walachei feststellbar. Um so mehr dort, wo im Osten des Kontinents die Habsburgermonarchie im 17. und 18. Jahrhundert ihre – geographisch oftmals dem römischen Limes folgende – Militärgrenze errichtete, vom Karpatenbogen vor der Walachei bis zur Vojna Krajina ans Mittelmeer.

Enikő Baga/Melanie Tatur

Rumäniens Sonderweg in Mitteleuropa Ein Beitrag zu den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Transformationen in Osteuropa

1. Theoretische Vorüberlegungen und Fragestellung:
Transformationen, zivilgesellschaftliche Ressourcen und
Pfadabhängigkeit

Die Transformationen in Osteuropa können als Reformprojekte in Bezug auf ihre Widersprüchlichkeit hinterfragt werden,¹ sie können als außeninduzierte Anpassungsprozesse an eine globale Weltwirtschaft gedacht werden,² und sie können als evolutionäre Prozesse institutionellen Wandels unter dem Gesichtspunkt ihrer endogenen Dynamik und historisch-kulturellen Ressourcen untersucht werden. Für die letztere Perspektive spricht die Annahme, institutioneller Wandel könne nicht als Resultat legislativer Entscheidungen und gesellschaftlicher Anpassungsprozesse betrachtet und politisch implementiert werden. Vielmehr sei Institutionenbildung im Kontext ungleicher Ressourcenverteilung, überkommener Routinen, Normen und Denkweisen als konfliktorischer gesellschaftlicher Lernprozeß zu konzeptualisieren. Für sie spricht ferner die These, daß die Positionierung nationaler Gesellschaften im globalen System ökonomischer Arbeitsteilung nicht einfach die Funktion wirtschaftsstruktureller Vorgaben ist, sondern mitgestaltet werden kann, und in hohem Maße abhängig ist von den jeweils mobilisierbaren gesellschaftlichen Kompetenzen.

In Hinblick auf Osteuropa dient „Zivilgesellschaft“ dabei als ein Konzept, mit dessen Hilfe die gesellschaftliche Rationalisierung der Auflösung des sozialistischen Produktionsstaates³ in einen „rent seeking“⁴ oder „politischen“⁵ Kapitalismus modelliert werden kann: Transformation wird als Zusammenspiel von zwei gegenläufigen Prozessen gedacht:

-
- 1 C. Offe, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: ders., Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt a. M. 1994, S. 57-80.
 - 2 H. Riese, Transformation als Oktroi der Abhängigkeit, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, S. 163-179.
 - 3 J. Staniszkis, The Ontology of Socialism, Oxford 1992.
 - 4 A. Aslund, How Russia Became a Market Economy, Washington DC 1995.
 - 5 J. Staniszkis, In Search of a Paradigm of Transformation, in: E. Wnuk-Lipinski (Hrsg.), After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change, Warschau 1995, S. 19-56.

1. Aus den alten Apparaten formiert sich eine politische und ökonomische Entscheidungsstrukturen vernetzende Oligarchie, die die Knotenpunkte der kommerziellen und finanziellen Infrastruktur kontrolliert und sich mit Hilfe schwacher Eigentumsrechte und eines schwachen Staates die Gesellschaft als ökonomische Ressource verfügbar macht, – ein Prozeß, der sich exemplarisch in Rußland studieren läßt.
2. Diese Dynamik kann durch zivilgesellschaftliche Routinen und Akteure rationalisiert und umgekehrt werden.⁶ „Zivilgesellschaft“ meint in diesem Zusammenhang nicht die soziale Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, deren konflikthafte Akteurs- und Interessenstruktur der Vermittlung durch einen abstrakten, regulativen Staat bedarf und diesen hervorbringt, eine Figuration, die in den postsozialistischen Gesellschaften nicht gegeben ist. „Zivilgesellschaft“ bezieht sich auf kulturelle Integration und kulturelle Kompetenzen: gesellschaftliche Assoziation und assoziative Muster und Fähigkeiten, Öffentlichkeit und Diskurskultur, Recht und Legalismus, Nation und kulturelle Kohärenz.

Die in Osteuropa zu beobachtende Diversifikation der Transformationsgesellschaften wird so in der hier gewählten Perspektive nicht an transformationspolitischen Strategien (Schocktherapie vs. Gradualismus) festgemacht, diese erscheinen vielmehr als Resultat vorgegebener Konstellationen. Die neue Vielfalt wird erklärt durch die Besonderheiten des institutionellen Wandels, seiner Bestimmungsfaktoren und zivilgesellschaftlichen Vorgaben. Der Blick wird damit auf die sozialistische Periode, auf Krisen und Reformen des Systems sowie Konfliktartikulationen und Anpassungsmuster der Gesellschaft zurückgewendet. Er wird auf die Bedingungen der Implementation des Systems, auf die ihm unterworfenen Gesellschaften gerichtet – in ihrer Eigenschaft als sozio-ökonomische Strukturen und als kollektive symbolische Konstrukte.

Dabei wird nicht übersehen, daß die mitteleuropäischen „Zivilgesellschaften“ der achtziger Jahre nur sehr bedingt als solche zu begreifen waren: „Zweite Ökonomie“ und private Selbstorganisation, „informelle Öffentlichkeiten“ und fundamentalistische Sozialbewegungen setzten System und Machtstrukturen nicht außer Kraft und bauten keine Institutionen bürgerlicher Gesellschaft. In der institutionellen Dimension können sie gar als komplementär für die Reproduktion des Systems verstanden werden. Sie wirkten aber, dessen ungeachtet, im Sinne von Gramscis *società civile*,⁷ indem sie die kulturelle Hegemonie der alten Ordnung unterhöhlten und alternative gesellschaftliche Identitäten und Verhaltensmuster entstehen ließen.

Während ein so angelegter Vergleich zwischen Rußland und mitteleuropäischen Gesellschaften die tiefen strukturellen Unterschiede zwischen

6 M. Tatur, Interessen und Norm. Politischer Kapitalismus und die Transformation des Staates in Polen und Rußland, in: Leviathan Sonderheft 15/1995, S. 93-116.

7 S. Kebir, Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991.

dem russischen Kern und der westlichen Peripherie des Imperiums vernachlässigen muß,⁸ erscheint eine Akzentuierung des rumänischen Sonderweges in Abgrenzung von den mitteleuropäischen Reformvorreitern Polen und Ungarn weniger problematisch. Die unterschiedlichen Konfigurationen in der ersten Phase der Transformationen verweisen hier zweifellos auf divergierende Pfade in der sozialistischen Periode.

Im einzelnen läßt sich die Besonderheit der rumänischen Situation über den Rückverweis auf drei Entwicklungsbrüche rekonstruieren:

- die in den siebziger Jahren eingeleiteten neo-stalinistische Konservierung des Systems, mit der das Ceauşescu-Regime der in Rumänien verspäteten Krise des Stalinismus zu begegnen suchte;
- die gewaltsame Implementierung des Systems nach dem zweiten Weltkrieg und die Bedeutung, die die lokalen kommunistischen Eliten der sozialistischen Mobilisierung unter Bedingungen einer rückständigen bäuerlichen Gesellschaft geben konnten;
- die Vorgabe einer noch weitgehend archaischen rumänischen Bauerngesellschaft, deren Institutionen das sozialistische System zerstörte, in der es sich aber – über die bäuerliche Mentalität und die Umformulierung eines tradierten Konstrukts der Nation – kulturell verankern konnte.

Wenn wir im folgenden die Entwicklung der rumänischen Gesellschaft chronologisch nachzeichnen, so wird damit keine deterministische Kausalität unterstellt, sondern allein versucht, Prozesse und ihre kulturelle Unterfütterung zu rekonstruieren.

2. Die historischen Voraussetzungen: bäuerliche Gesellschaft und Nation bis 1944

Während sich im Spätmittelalter in den westeuropäischen Gesellschaften und auch in Mitteleuropa unter dem Einfluß der katholischen Kirche und des römischen Rechts institutionelle Merkmale wie Eigentumsrechte, getrennte Geltungsbereiche von Kirche und Staat, Vasallentum und eine neue städtische Ordnung herausbildeten, blieb Rumänien einer archaischen Ordnung verhaftet, deren kleinste gesellschaftliche Einheit die Dorfgemeinschaft bildete.⁹ Die Dorfgemeinschaft verfügte über gemeinsamen Grundbesitz,¹⁰ der theoretisch als Eigentum des feudalen Herrschers galt, aber traditionsgemäß den Mitgliedern der Dorfgemeinschaft zugeteilt und von diesen bestellt wurde. Einen durch Erbrecht lokal verankerten Adel gab es nicht, der Staat wurde zentralistisch regiert und der Herrscher hatte

8 M. Tatur, Sozialbewegung und institutioneller Wandel in Polen und Rußland, in: *Comparativ* 3 (1993) 4, S. 63-79, dies., Interessen und Norm (Anm. 6).

9 P. Gunst, Agrarian Systems of Central and Eastern Europe, in: D. Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*, Berkeley 1989, S. 53-91.

10 Eigentumsrechte wurden erst 1864 rechtlich verankert.

die ganze Macht im Staate inne, da sich ihm sowohl der Adel, ein Dienstadel, wie auch die orthodoxe Kirche unterwarfen. Eine direkte Kontrolle über die Dorfgemeinschaft oder eine starke Einbindung dieser in den Staat waren nicht möglich, da sich die Dorfbevölkerung dank der geringen Bevölkerungsdichte und den sich daraus ergebenden Migrationsmöglichkeiten, wie auch der aus ihrer Hauptbeschäftigung, der Schafzucht, resultierenden Lebensweise, der Transhumanz, jederzeit dem Staat entziehen konnte. Die Dorfgemeinschaft war von der Außenwelt weitgehend isoliert, ihre wichtigste Bindung zum Staat stellte die kollektive Steuerpflicht dar. Infolgedessen kennzeichnete das Denken in der Dorfgemeinschaft ein ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl, Traditionsgebundenheit, Fatalismus, Mißtrauen und Feindseligkeit der Außenwelt gegenüber¹¹, sowie ein Hang zum durch den orthodoxen Glauben begünstigten Messianismus.¹²

Als Teil des Königreichs Ungarn nahm allerdings Siebenbürgen an den mitteleuropäischen strukturellen Entwicklungen teil, nur betraf dies nicht auch die rumänische Bevölkerung, die aus einer ungarischen Gesellschaft ausgeschlossen blieb. In Siebenbürgen waren drei Volksgruppen als staatstragende Nationen anerkannt: die Ungarn, die Sachsen¹³ und die Szekler¹⁴, die Rumänen hatten nur den Status einer geduldeten Nation, d. h. sie wurden nicht verfolgt, aber aus dem politisch-ökonomischen Leben ausgegrenzt. So wurde die orthodoxe Kirche auch nicht offiziell anerkannt, aber sie durfte in den rumänischen Dörfern ungestört agieren. Die Moldau und die Walachei gerieten nach einer kurzen Phase der Unabhängigkeit im 16. Jahrhundert unter osmanische Oberhoheit. Da aber diese Provinzen nicht direkt von der Hohen Pforte verwaltet wurden, sondern lediglich tributpflichtig waren, blieb auch ihre innere Organisationsform, ähnlich wie in Siebenbürgen, von der Fremdherrschaft unberührt. In beiden Fällen begünstigte die Tatsache, daß sich die rumänischen Provinzen an der Peripherie des jeweiligen Imperiums befanden, die Konservierung archaischer bäuerlicher Lebensformen.¹⁵ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es im Zuge der Zurückdrängung des Osmanischen Reichs durch Rußland zum Anschluß Rumäniens an den europäischen Getreidehandel. Erst jetzt konnte ein sich autonomisierender Adel ausschließliche Besitzansprüche auf das Land durchsetzen und die gewohnheitsmäßigen Nut-

11 Es gab in Rumänien keine Straßendörfer. Die Ansiedlungen lagen in der Nähe von Wäldern und Sümpfen, die die Flucht und ein Versteck vor Steuereintreibern boten. Vgl. D. Draghicescu, *Die psychologie populului român* (1922), Bukarest 1996.

12 G. Schöpflin, *Politics in Eastern Europe*, Oxford 1993.

13 Eine deutschstämmige Volksgruppe, die zur Grenzsicherung und zur ökonomischen Entwicklung von den ungarischen Königen angesiedelt wurde.

14 Eine ungarischsprachige Bevölkerungsgruppe von Bauernsoldaten, die zum Zwecke der Verteidigung der Ostgrenze angesiedelt wurde.

15 G. Stokes, *The Social Origins of East European Politics*, in: D. Chirot (Hrsg.), *The Origins of Backwardness* (Anm. 9), S. 210-251.

zungsrechte der Bauern am Boden in die Bindung von Leibeigenen an das Land der Großgrundbesitzer umformulieren.¹⁶

Der rumänische Nationalismus entstand als nationale Emanzipationsbewegung im Umfeld der Unierten Kirche¹⁷ in Siebenbürgen. Er war ursprünglich eine aufklärerische Bewegung, die versuchte, die rumänische Bevölkerung durch Bildung zu politisieren und auf die gleichwertige Anerkennung des rumänischen Volkes mit den staatstragenden Völkern hinarbeitete. Seine Argumentationsstränge bauten auf vier Grundsteine auf: Latinität, Kontinuität, Einheitlichkeit und Insularität. Unter dem Begriff Latinität wurde auf den romanischen Ursprung des rumänischen Volkes angespielt, auf seine Zugehörigkeit zu Europa und auf seine Gleichwertigkeit, ja Überlegenheit, gegenüber der erst im Zuge der Völkerwanderung in Europa eingedrungenen Ungarn hingewiesen. Die Kontinuität sollte bezeugen, daß sich die Rumänen auch nach dem Rückzug der Römer aus den Gebieten nördlich der Donau weiterhin kontinuierlich hier angesiedelt hatten.¹⁸ Der Wunsch nach der vollständigen nationalen Emanzipation und nach der Vereinigung aller Rumänen in einem einheitlichen rumänischen Nationalstaat wurde durch die Idee der Einheitlichkeit ausgedrückt. Nicht zuletzt sahen sich die Rumänen als „lateinische Insel im slawischen Meer“, ein Bild, das auch die Situation eines bedrohten Volkes umgeben von feindlichen Großmächten versinnbildlichen sollte.¹⁹

Im klerikalen Umfeld entstanden, wurde der rumänische Nationalismus in Siebenbürgen zur Ausdrucksform einer aufsteigenden städtischen Intelligenzija,²⁰ die mit seiner Hilfe eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung zu erreichen suchte. Auch in der Moldau und der Walachei richtete sich

16 D. Draghicescu, *Din psihologia* (Annn. 11).

17 Die Unierte Kirche ist eine von der Habsburger Monarchie ins Leben gerufenen Institution mit dem Ziel, die orthodoxen Untertanen stärker ans Reich zu binden. Sie entstand Ende des siebzehnten Jahrhunderts in Galizien und wurde im achtzehnten Jahrhundert in Rumänien eingeführt. Sie ist institutionell an Rom gebunden, akzeptiert die katholischen Dogmen als Glaubensbekenntnis, pflegt aber weiterhin die orthodoxe Liturgie und versucht sich äußerlich der orthodoxen Lebensweise anzupassen (z.B. fehlt das Zölibat).

18 Die Kontinuitätsthese widerspricht der ungarischen These, laut welcher die Rumänen sich nach dem römischen Rückzug unter Kaiser Hadrian in die Gebiete südlich der Donau zurückgezogen hätten und erst nach der ungarischen Besetzung Siebenbürgens zurückgekehrt seien. Ein Standpunkt, dem es gelingt, diese beiden Thesen miteinander zu vereinbaren, ist die Theorie der Transhumanz.

19 Ein zutreffendes Bild, wenn man sich die Interessen Österreich-Ungarns, Rußlands und des osmanischen Reiches vor Augen hält.

20 Gemeint ist eine für Mittel- und Osteuropa prägende Schicht von qualifizierten Beschäftigten im staatlichen und kommunalen Verwaltungswesen und Dienstleistungswesen und akademischen Freiberuflern, die aus dem Adel, insbesondere dem verarmten Kleinadel hervorging. Diese Schicht, deren ökonomischer Status in hohem Maße mit der staatlichen Verwaltung verbunden war, begriff sich auf Grund ihrer Bildung als interessenloser, ideeller Vertreter der Gesellschaft und eines gesellschaftlichen Reforminteresses. Aus ihr rekrutierten sich die nationalen politischen Eliten.

der Nationalismus in erster Linie gegen die Fremdherrschaft. Beeinflußt wurde er von den Revolutionen 1848 und von der siebenbürgischen Bewegung. Seine Vertreter waren als „dilettierende Gutsherrensöhne“,²¹ ebenfalls Vertreter einer sich verstädtierenden Intelligenzija. Wie anderswo in Mitteleuropa auch waren die im eigentlichen Sinne bürgerlichen Elemente ethnisch Fremde: Deutsche, Ungarn, Juden in Siebenbürgen bzw. Juden, Griechen, Armenier in Moldau und der Walachei.

Das erklärte Ziel des rumänischen Nationalismus konnte Schritt für Schritt verwirklicht werden: Autonomie der Donaufürstentümer, Vereinigung unter Fürst Cuza, Einführung der Erbmonarchie und des konstitutionellen Systems, Unabhängigkeit des Königreichs Rumänien und letztendlich die Vereinigung der Provinzen Siebenbürgen, Banat und Bessarabien mit dem Altreich. Nichtsdestotrotz verlor der Nationalismus weder an Virulenz, noch an Popularität; er wandte sich von nun an nur stärker inneren Angelegenheiten zu.

Aus dem ersten Weltkrieg ging Rumänien als Siegermacht hervor. Das Gebiet des Landes ebenso wie die rumänische Bevölkerung verdoppelten sich, und es kamen vier Millionen Angehörige anderer Nationalitäten hinzu. Die nationalistischen rumänischen Eliten setzten sich das Ziel einer nachholenden Modernisierung, deren wichtigste Instrumente die Agrarreform und die Bildungsreform sein sollten. Beide Reformmaßnahmen führten zu gesellschaftlichen Mobilisierungsschüben, die – unter den Bedingungen der Zwischenkriegszeit²² – zwar die Entwicklungsbarrieren der agrarischen Ökonomie nicht überwinden konnten, die etablierte politische Ordnung aber unterhöhlten und auflösten.

Die Bauern wurden zum erstenmal in der rumänischen Geschichte zu Landeigentümern. Ohne Mittel und finanzielle Hilfen verschuldeten sich aber große Teile der Bauernschaft. Neben Anfängen eines neuen Typus von mittelständischen, für den Markt produzierenden Bauern, kam es in den zwanziger Jahren zu einer Proletarisierung bäuerlicher Familien, deren Mitglieder sich unter dem Druck ihrer Schulden bei den Großgrundbesitzern verdingen mußten und in eine erneute Abhängigkeit gerieten, oder als Pendlern in den Städten Beschäftigung suchten. Die Bildungsreform kam den begüterten Bauern und der verarmten Intelligenzija zugute, die nun ihre Söhne auf höhere Schulen schicken konnten. Die zweite Gruppe, die von der Reform profitierte, waren die Mitglieder der kleinbürgerlichen Mittelschicht aus Handwerkern, Kaufleuten, kleinen Angestellten, Pächtern und Gutsverwaltern, die typischerweise keine ethnischen Rumänen waren.

21 L. Maier, Rumänien und die europäischen Mächte (1859–1944), in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 15–23.

22 Gemeint sind hier Autarkietendenzen, die sich schon Anfang der zwanziger Jahre durchsetzen, und die Weltwirtschaftskrise – Rahmenbedingungen, die sich für die neuen mitteleuropäischen Länder als äußerst ungünstig erwiesen.

Die mit der Land- und Bildungsreform eingeleitete Mobilisierung konnte sozialstrukturell nicht umgesetzt werden, weil der Durchbruch zu wirtschaftlicher Expansion und Industrialisierung in der Zwischenkriegszeit nicht gelang. Sie führte zu steigendem Druck der aufstiegsorientierten bäuerlichen Gruppen auf die engen Aufstiegskanäle: einen unkontrolliert wachsenden und korrupten Staatsapparat und die von den nicht rumänischen Ethnien besetzten mittelständischen Berufe. Auf der Ebene des politischen Systems führte diese Entwicklung zu einer Erosion der sozialen Basis der demokratischen Parteien und seit Beginn der dreißiger Jahre konkurrierten zwei antiparlamentarische Kräfte um die Macht im Staate: der König, der sich auf Armee und Staatsverwaltung stützte, und extreme populistische Bewegungen, aus denen die faschistische Organisation der Legion des Erzengels Michael bzw. der Eisernen Garde hervorgingen. Die Militärdiktatur des Marschall Antonescu, die nach den großen territorialen Verlusten infolge des Zweiten Wiener Schiedsspruchs und des Molotow-Ribbentrop-Paktes das Land auf der Seite der Achsenmächte in den Krieg gegen die Sowjetunion und zur Rückeroberung Bessarabiens führte, wurde angesichts des Vormarschs der sowjetischen Truppen 1944 durch eine antifaschistische Koalition aus Altparteien, Sozialdemokratie, Bauernfront und Kommunisten abgelöst.

Der archaische Typus der bäuerlichen Gesellschaft und das Fehlen einer breiten Schicht von Kleinadligen mit einer einflussreichen daraus erwachsenen Intelligenzja unterschied Rumänien von Polen und Ungarn und näherte es dem russischen Beispiel. Der von der Intelligenz artikuliert kulturelle Nationsbegriff, dem sowohl das Rückrat eines imperialen Staates als auch die Muskeln einer bürgerlichen Gesellschaft fehlten, machte es den mitteleuropäischen Gesellschaften ähnlich.

3. Die Implementation der sozialistischen Ordnung 1944–1953 als sozialistische Transformation einer bäuerlichen Gesellschaft

Die kommunistische Machteroberung erfolgte 1945–1948 nach einem Schema, das in seinen Grundzügen dem in den anderen mitteleuropäischen Ländern vergleichbar war. Die provisorische bürgerliche Regierung mußte 1945 einer prokommunistischen Regierung weichen, in der die Kommunisten (RKP) bald die wichtigsten Ministerposten übernahmen, und die nach der Vertreibung des Königs 1948 zum kommunistischen Machtmonopol in einer rumänischen „Volksrepublik“ überleitete.

Bei genauerer Betrachtung lassen sich Besonderheiten der rumänischen Situation aber auf verschiedenen Ebenen ausmachen.

- Innerhalb der RKP kam es zwar wie in den anderen kommunistischen Parteien zu Konflikten zwischen dem im Land gebliebenen „nationalen“ Flügel und den aus Moskau zurückkehrenden „Internationalisten“. Spezifisch war aber die starke Position der nationalen Gruppe und ihres Führers Gheorge Gheorghiu-Dej. Dessen unangefochtene

Machtposition dürfte dabei weniger dem Umstand zu verdanken gewesen sein, daß die Entmachtung des faschistischen Regimes aus eigenen Kräften vor der sowjetischen Okkupation stattgefunden hatte und sich der daran beteiligte einheimische Flügel der KP im politischen Leben verankern konnte, sondern daran gelegen haben, daß deren Führer Gheorghiu-Dej sich im Unterschied etwa zu seinem „nationalkommunistischen“ Kollegen Gomulka innenpolitisch und ökonomisch als entschiedener Verfechter der stalinistischen Strategie auswies. Diese Konstellation hatte zur Folge, daß es nach 1953/56 – anders als in Polen und Ungarn, wo die „nationalen“ Kommunisten im Hochstalinismus den „Säuberungen“ durch die „Moskowiter“ Bierut und Rákosi hatten weichen müssen – eine „nationalkommunistische“ Alternative weder personell noch ideell gab.

- Wie in den anderen Ländern kam es auch in Rumänien zu einer brutalen Ausschaltung der alten Eliten, zur Zerstörung der bürgerlichen Elemente und Strukturen, zur Kollektivierung der Landwirtschaft und zur Degradierung der Intelligenzija. Spezifisch war für Rumänien die Aufwertung des bäuerlichen Elements und dessen Stellenwert. Das Ausmaß der Verbäuerlichung der Städte und der Industriearbeiterschaft war wegen des geringeren vorgegebenen Industrialisierungsgrades größer und wegen der archaischen Traditionen der bäuerlichen Gesellschaft radikaler. Die neuen Machteliten charakterisierten sich durch die nahezu vollständige Abwesenheit von Intellektuellen,²³ und den Kanal des „gesellschaftlichen Aufstiegs“²⁴ konnten in Rumänien nicht nur Mitglieder der städtischen Mittel- und Unterschichten sondern in größerem Maße auch Bauernsöhne nutzen.

Es wäre aber verfehlt, von einer ungebrochenen Kontinuität der bäuerlichen Gesellschaft auszugehen. Die gesellschaftliche Institution der Dorfgemeinschaft wurde zerstört und die bäuerliche Gesellschaft atomisiert. Die bäuerliche Mentalität aber wurde zum kulturellen Material der neuen sozialistischen Institutionen. K. Jowitt hat die „charismatische Unpersönlichkeit“²⁵ der Leninschen „Partei neuen Typs“ als ein institutionelles Substitut für die formale, prozedurale Rationalität der bürgerlichen Gesellschaft, dem Medium der westlichen Modernisierung, ausfindig gemacht. Wegen der Affinität zum bäuerlichen Denken konnte die Partei mit dem

23 Der einzige namhafte Parteintellektuelle Lucretiu Patrascanu wurde 1948 verhaftet und 1954 hingerichtet.

24 Die Formel für eine Karriere über politische Loyalität und Schulung und nicht über Bildung und Qualifikation.

25 K. Jowitt, *The Leninist Response to National Dependency*, in: *Institute of International Studies Series* 1978/37; ders., *Soviet Neotraditionalism: the Political Corruption of a Leninist Regime*, in: *Soviet Studies* 1983/35. Beide Artikel wurden wieder veröffentlicht in: ders., *New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkley 1993, S. 1-49 bzw. 121-158.

institutionellen Grundmuster charismatischer Unpersönlichkeit²⁶ die zentralen Institutionen der bäuerlichen Gesellschaft – den Haushalt und die Dorfgemeinschaft – sprengen und auf gesamtgesellschaftlicher, unpersönlicher Ebene in neuer Form reproduzieren. Es ist Jowitts Verdienst, gezeigt zu haben, daß die Kollektivierung die sozio-kulturelle Basis bäuerlicher Lebensform beseitigt hat, indem sie den bäuerliche Haushalt und die auf ihn gegründete Dorfgemeinschaft als System sozialer Identifikation, als Organisation und als soziale Macht zerstörte, um Versatzstücke bäuerlicher Mentalität zu einer politischen Ökonomie zu komponieren, die die totalitäre Gesellschaft als Haushalt organisierte, einer substantiellen Gesetzlichkeit unterwarf und den aus seinen sozialen Bindungen entwurzelten Einzelnen über die unpersönliche Gemeinschaft²⁷ des Kollektivs in den politischen Kooperationszusammenhang zwang und verfügbar machte. Mit Hilfe dieser Transformation konnte die Blockade agrarischer Produktion durchbrochen und das Land gewaltsam industrialisiert werden.

Die Besonderheit der rumänischen Situation ist aus dieser Perspektive, daß die rumänische Gesellschaft hinsichtlich der Ressourcen archaischer Bäuerlichkeit dem russischen Modell ähnlicher war als die mitteleuropäischen Gesellschaften und das System sich so kulturell verankern ließ. Von daher erscheint es nicht nur ideologischer Überzeugung geschuldet, daß sich die stalinistischen rumänischen Führer als Vertreter der nationaler Interessen einer peripheren Gesellschaft begriffen – und zwar nicht nur im Verhältnis zum „kapitalistischen Weltsystem“, sondern auch zum russischen Kern des sowjetischen Imperiums. Auch in diesem Denkmuster gleichen sie ihren russischen Genossen.²⁸

4. Die reife sozialistische Ordnung: Neo-Stalinismus und „Nation“ statt Deartikulation des Systems

Nach Stalins Tod kam es in den meisten Ländern Mitteleuropas im Zusammenhang mit den Machtkämpfen in Moskau zu Konflikten zwischen den Flügeln der lokalen kommunistischen Parteien. Das Interesse des russischen Zentrums bestand damals darin, lokale „nationalkommunistische“ Reformfraktionen aufzubauen. Tatsächlich führte die poststalinistische Periode zu weitreichenden institutionellen Veränderungen im Rahmen des

26 Charismatische Unpersönlichkeit ist das definitorische Merkmal der Kommunistischen Partei, die sich als heroische, über ein teleologisches Kampfetos integrierte Organisation begreift.

27 Kollektiv als im Unterschied zum Haushalt unpersönlicher, nicht familiärer Kooperationszusammenhang, der aber wie dieser nicht durch Regeln sondern durch das gemeinsame „Ziel“ und direkte persönliche Abhängigkeit sowie gegenseitige Angst integriert wird.

28 Gheorghiu-Dej lehnte 1962 den Walew-Plan, demzufolge Rumänien zum Versorgungsland der besser industrialisierten mitteleuropäischen Länder werden sollte, entschieden ab und nahm sich vor, den Entwicklungsstand dieser Länder in kürzester Zeit aus eigenen Kräften zu erreichen und zu übertreffen.

sozialistischen Systems. In Polen leitete die Regierung Gomulka eine Stop-and-go-Politik der „Liberalisierung“ ein, die über periodische Konflikte zu einer weitreichenden Politisierung der Gesellschaft führte. In Ungarn wurde nach der brutalen Niederschlagung des Volksaufstandes und Jahren des Terrors in den sechziger Jahren eine technokratische Reformpolitik eingeleitet, die die Entpolitisierung der Gesellschaft vollendete.

In Rumänien griff Gheorghiu-Dej mit seiner „nationalkommunistischen“ Wende auf den Code des Nationalismus zurück, um eine gegen die Reformpolitik Moskau gerichtete Strategie der Kontinuität des stalinistischen Entwicklungsmodells zu stützen. So wurden 1952 die Mitglieder der internationalistischen Gruppe aus der Partei ausgeschlossen und es kam 1955 wegen der Apostol-Affäre²⁹ zu Reibereien mit der sowjetischen Führung.³⁰ Angesichts des Ungarnaufstands und von Studentenunruhen in Bukarest stellte sich Gheorghiu-Dej dann zwar wieder eindeutig unter militärischen Schutz der Sowjets und machte gewisse innenpolitische Konzessionen. Zu einer Liberalisierung oder zu einer technokratischen Reform aber kam es nicht.

Anders als Gheorghiu-Dej mobilisierte dessen Nachfolger Nicolae Ceaușescu einen „echten“ Nationalismus,³¹ indem er einerseits mit Deklarationen und Gesten Reformwilligkeit andeutete und andererseits die Angst vor äußerer Bedrohung aktivierte. So verurteilte er die Niederschlagung des Prager Frühlings, kritisierte in gemäßigter Form den rumänischen Staatsapparat sowie seinen Vorgänger, leitete eine gewisse kulturelle und politische Liberalisierung ein und gab sich durch Gesten der Volksnähe ein populistisches Image. Die so erreichte Popularität wurde mit einer spezifischen Mobilisierung der rumänischen Gesellschaft verbunden, die unter der Angst einer sowjetischen Invasion bereit war, ihm in der Innenpolitik uneingeschränkte Macht einzuräumen.³² Ein Grundstein bäuerlicher Mentalität ist die Strukturierung der Welt als Dichotomie von „wir“ und „Fremdem“, die der Einbindung in Primärgruppen von Familie und Dorfgemeinschaft und der Angst vor den Gefahren einer anonymen, naturgewaltigen Außenwelt entspricht. Die Institution der konkreten bäuerlichen Lebensgemeinschaft war zerstört. Das „wir“ konnte mit dem Abstraktum der Nation und dem Topos ihrer Insularität besetzt werden. Die Angst, die durch die Zerstörung der bäuerlichen Gemeinschaften und den Terror der stalinistischen Periode traumatisch vertieft und zur „angoisse prophylac-

29 Die sowjetische Führung hatte 1954 versucht, eine reformfreundige Fraktion um Gheorghe Apostol in der RKP aufzubauen.

30 Im Zusammenhang mit diesen inneren Machtkämpfen gegen Internationalisten und Reformen wurde auch der seit 1948 inhaftierte und des Nationalismus verdächtige Parteintelktuelle Patrascanu 1954 hingerichtet.

31 Symbolkräftig war die Rehabilitierung Patrascanus.

32 T. Gilberg, *The Multiple Legacies of History: Romania in the Year 1990*, in: J. Held (Hrsg.), *The Columbia History of Eastern Europe in the 20th Century*, New York 1992.

tique“³³ geworden war, konnte nach außen gewandt und so für den Einzelnen psychologisch abgebaut werden.

Die persönliche Macht Ceaușescu und die Verfügbarkeit einer so beschaffenen Ressource „Nation“ erklärt noch nicht hinreichend die „neo-stalinistische“ Wende der rumänischen Politik Anfang der siebziger Jahre. Deren Logik wird dann eher verständlich, wenn wir sie als Reaktion auf eine der etablierten sozialistischen Ordnung immanenten Auflösungstendenz deuten.

K. Jowitt³⁴ hat in seiner Konzeptualisierung der stabilisierten sozialistischen Gesellschaft als einer „neo-traditionalen“ Gesellschaft, darauf aufmerksam gemacht, daß die Veralltäglicdung des heroischen Charismas der Partei mit der Ritualisierung der Ideologie und dem selektiven Charakter des Terrors die Institution der charismatischen Unpersönlichkeit, auf der die organisatorische Integrität von Partei und Staatsverwaltung beruht hatte, auflöst. Die Grenzen zwischen Organisation und Interaktionsnetzwerken ihrer Umwelt zerfließen, die Organisation korrumpiert. Die Institution der charismatischen Unpersönlichkeit transformiert sich in institutionalisierte Korruption. Auch der polnische Soziologe W. Narojek hat darauf verwiesen, daß eine Lockerung der polizeistatlichen Kontrolle in der „planenden Gesellschaft“ kein koordiniertes Handeln von nur administrativen Sozialakteuren, sondern individuelle private Interessen der atomisierten Gesellschaftsmitglieder und administrativen Funktionsträger freisetze.³⁵ Die Formulierung J. Staniszkis von den „toten Strukturen“ und der Entropie des „reifen Sozialismus“ verweist auf dieselbe Dynamik.

In Polen und Ungarn ist dieser systemimmanenten Dynamik mit unterschiedlicher Gewichtung durch vier Entwicklungen begegnet worden, die sich teils als politische Strategien der Machteliten, teils als Resultat konfliktorischer Interaktionen verstehen lassen:

1. eine zunehmende Verrechtlichung, die allerdings am systemkonstitutiven nicht formalisierten und exklusivem Status der Partei („führende Rolle“) ihre Grenze fand;
2. die Einrichtung einer „zweiten Ökonomie“ und administrativer Quasimärkte, deren ökonomische Rationalität allerdings durch das Fehlen eindeutiger Eigentumsrechte begrenzt blieb;
3. die Pluralisierung von kulturellen und politischen Akteuren, die aber einen nur informellen Status genossen, und

33 A. Blandiana, Les racines du mal roumain: de l'angoisse prophylactique à l'indulgence occulte, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch (Anm. 21), S. 117-123.

34 K. Jowitt, Soviet Neotraditionalism: the Political Corruption of a Leninist Regime, in: Soviet Studies 1983/35, Wiederabdruck in: K. Jowitt, The New World Disorder (Anm. 25), S. 121-158.

35 W. Narojek, Perspektywy pluralizmu w upanstwowionym społeczeństwie, Warschau 1994 (entstanden 1982-84).

4. eine zunehmende Öffnung gegen den Weltmarkt, und damit die partielle Orientierung an dessen Rationalitätsstandards, wobei auch diese Tendenz durch die Subventionierung des Exports begrenzt und konterkariert wurde. Diese Momente einer „Deartikulation“ des Systems³⁶ waren mit sozialstrukturellen Veränderungen, insbesondere der Professionalisierung der Eliten und dem Aufstieg einer sozialistischen Mittelschicht verbunden.

Diese Veränderungen hielten die Dekomposition der sozialistischen Ordnung nicht auf, ja, sie brachten mit den technokratischen Eliten und aufstiegsorientierten neuen Mittelschichten Gruppen hervor, für die das System in unterschiedlichem Umfang zur Aufstiegsbarriere wurde. Aus der heutigen Perspektive können wir die poststalinistischen Reformen, die sozialen Strukturbrüche und die Sozialbewegungen in diesen mitteleuropäischen Ländern als erste Ansätze einer Hybridisierung der Sozialordnung interpretieren – und zwar im Sinne der Herausbildung neuer Akteure und Regeln, Denkweisen und Interessen, denen später mit dem politischen Durchbruch 1989 neue Funktionen zuwuchsen.

Anders als die poststalinistischen Machteliten in Polen und Ungarn reagierte Ceaușescu auf die Herausforderung der Neo-Traditionalisierung der charismatischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft durch den Rückgriff auf stalinistische Entwicklungsstrategien und Machttechniken. Autarkiepolitik, ein neuer Industrialisierungsschub, absurde Prestigeobjekte wurden mit einer Rhetorik des Heroischen, dem Ideal der Nivellierung der Gesellschaft und der Schaffung des „neuen Menschen“ unterlegt. Tatsächlich beinhaltete die Industrialisierungspolitik der sebziger und achtziger Jahre auch einen neuen Schub sozialer Mobilität, insofern als sie neuen ethnisch rumänischen professionellen Eliten zum Aufstieg verhalf und von einer „Romanisierung“ der ungarisch und deutsch besiedelten Städte begleitet war.³⁷ Die sozial kostspielige Wirtschaftspolitik wurde nach bekannter Manier mit polizeistaatlichen Mitteln gesichert. Der Sicherheitsapparat der Securitate wurde zu einer Partei- und Staatsapparat duplizierenden Struktur ausgebaut, die der Person Ceaușescu unterstellt war. Dies und die Durchsetzung des Prinzips der Kaderrotation sollten die Apparate verfügbar und kontrollierbar machen. Der Personenkult um den „Conducator“ Ceaușescu versinnbildlichte die Unterwerfung des bürokratischen Apparates und der neuen professionellen Intelligenz. Er verklärte die Person Ceaușescus zur Quelle politischer Macht, geistiger Inspiration und als zwangsläufigen Höhepunkt der rumänischen Nationalgeschichte. Die ideologisch primitive, egalitäre, anti-intellektuelle, demagogische und leicht xenophobe Rhetorik³⁸ suchte den Gemütszustand der Massen zu tref-

36 J. Staniszkis, *The Ontology of Socialism*, Oxford 1992.

37 T. Gallagher, *Romania: the destructive legacy*, in: B. Goralczyk/W. Kostcki/K. Zukrowska (Hrsg.), *In Pursuit of Europe*, Warschau 1995, S. 81-92.

38 P. Cornea, *La Democratie roumaine dans l'ère post-totalitaire. Legs du passé et incon-*

fen, und den Führer als paternalistische Identifikationsfigur zu präsentieren. Die Korruption der politischen Organisation konnte all dies nicht aufhalten. Der Familienclan der Ceauşescu, der offiziell die Spitzenpositionen im Staat besetzt hielt, erhob selbst Familiarismus und Nepotismus zur offiziellen Staatsideologie. Die intendierte Kontrolle des Parteiapparates erwies sich als illusionär. In einem rechtlosen sozialen Vakuum reproduzierten sich die Apparate von Partei, Verwaltung und Securitate nach der Logik der vernetzten privaten Interessen der Funktionsinhaber. Die Handlungs- und Artikulationsfähigkeit der Gesellschaft konnte so radikal zerstört, die totalitäre Macht reproduziert werden. Die Kontrolle über den Prozeß der materiellen Produktion und die Perspektive einer ökonomischen Entwicklung aber konnte nicht realisiert werden. Mit Hilfe des die Gesellschaft durchdringenden Polizeiapparates gelang es aber, das System in reiner Form zu reproduzieren³⁹ und das Elend der Bevölkerung zu verwalten.⁴⁰

5. Nation und die religiösen Wurzeln der Muster gesellschaftlichen Widerstands

Nicht nur auf der Ebene des Systems unterschied sich Rumänien in den achtziger Jahren in dramatischer Weise von Ungarn und Polen. Kontrastieren lassen sich insbesondere zwei Aspekte gesellschaftlicher Verfaßtheit: die Beschaffenheit und die Funktion von Nation und die Verhaltensmuster und die Bedeutung des Dissenses bzw. der demokratischen Opposition.

Die sozialistische Industrialisierung hatte überall in Osteuropa widersprüchliche Auswirkungen für die Prozesse der Nationsbildung.⁴¹ Sie führte zu einer sozialen Nivellierung und – in unterschiedlichem Umfang – zu einer Professionalisierung großer Teile der Bevölkerung und somit zum Entstehen einer sozialistischen Mittelschicht. Solche kulturelle Homogenisierung war aber nur in begrenztem Umfang mit sozio-politischen Zivilisationsschüben verbunden, insofern dies die Verinnerlichung von Normen und die Herausbildung sozialkognitiver Fähigkeiten, die Erfahrung und das Erlernen normativer Regeln d. h. normative Regulation sozialen Handelns voraussetzt. Solche Voraussetzungen waren unter den autoritären

nues de l'avenir, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch (Anm. 21), S. 101-109.

39 Konsequenz im Sinne der „Reinheit“ war die durch eine radikale Austeritätspolitik erreichte Rückzahlung der Schulden.

40 Seit Beginn der achtziger Jahre wurden Lebensmittel rationiert, die Energiezufuhr an die Haushalte stetig verringert und Menschen über 60 Jahren verboten, sich in Krankenhäusern behandeln zu lassen.

41 Nation wird hier im Sinne von E. Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991 (engl. Original Nations and Nationalism, Oxford 1983) als kulturelle Nivellierung und zugleich vertiefte Inkulturation und damit als zentraler Aspekt der Moderne gefaßt.

Regimen in Polen und Ungarn in größerem Maße gegeben als unter dem totalitären rumänischen System.⁴²

Auch als symbolisches Konstrukt⁴³ unterschied sich die rumänische, vom Machtapparat definierte und instrumentalisierte „Nation“ von ihrem mitteleuropäischen Gegenstück. Unter Rückgriff auf den Mythos „Mitteleuropa“ verstanden sich ungarische und polnische Intellektuelle als Anwälte ihrer – der westlichen Zivilisation zugeordneten – Völker. Gegen ein als kulturell fremd abgelehntes und von außen oktroyiertes System, wurde die imaginierte Nation zum Medium symbolischer Integration der Gesellschaften gegen den autoritären und von außen abhängigen Staat. Als Medium symbolischer gesellschaftlicher Integration war das Konzept Nation in Rumänien nicht nur deshalb nicht geeignet, weil es von den Machteliten verwaltet wurde, sondern auch weil der tradierte Topos der Insularität die Angst vor einer feindlichen Umwelt und die „Verlassenheit“ der atomisierten Menschen,⁴⁴ kaum aber demokratische Aspirationen thematisieren konnte.

Angesichts des Ausmaßes der Repression ist nicht verwunderlich, daß der Dissens in Rumänien schwach geblieben ist. Die Opposition unterschied sich aber nicht nur in ihrer Bedeutung sondern auch in ihren Ausdrucksformen. Während die mitteleuropäischen Intellektuellen ihren Widerstand im Rahmen des Konzeptes der „Antipolitik“ (Konrad) als ein „in der Wahrheit leben“ (Havel) verstanden, zogen sich rumänische Dissidenten nicht nur von der Politik sondern auch aus einer zerstörten Welt zurück. Typisch ist hierfür der Fall des Philosophen Constantin Noica, der in einer Berghütte in Paltinis zurückgezogen dem System durch das Studium der Schriften Platons Widerstand zeigte. In diesen Verhaltensmustern lassen sich unschwer die unterschiedlichen Weltbilder und religiösen Ausdrucksformen von westlichem und östlichem Christentum erkennen: Entsprechend der für das westliche Christentum charakteristischen dialektischen Beziehung von irdischem und göttlichem Reich, dem die Legitimitätsbedürftigkeit weltlicher Ordnung und die Diesseitsbezogenheit des religiösen Handelns entsprechen, gilt es, in der westlichen religiösen Praxis im alltäglichen Leben „Zeugnis zu geben“. An dieses Muster knüpfte die demokratische Opposition in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei an. Als „Ethosgruppen“⁴⁵ hoben sie mit ihrem Handeln die scheinbare Alter-

42 Auf analoge Probleme haben T. Guldman (Moral und Herrschaft in der Sowjetunion. Erlebnis und Theorie, Frankfurt a. M. 1984) für Rußland und W. Engler (Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus, Frankfurt a. M. 1992) für Rußland und die DDR aufmerksam gemacht.

43 Hier wird Nation im Sinne B. Andersons (Imagined Communities, in: J. Hutchinson/A. D. Smith [Hrsg.], Nationalism, Oxford 1994, S. 89-96) als „imaginierte Gemeinschaft“ gefaßt.

44 H. Arendt, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1958.

45 T. Stawiel, Struktura społeczna i postawy a grupy etosowe, in: Studia Socjologiczne 1982/1-2; S. 157-178.

nativlosigkeit des Menschen in der totalitären Ordnung auf, und initiierten über die Demonstration einer moralisch motivierten Handlungsalternative die Kristallisation der Gesellschaft entlang einer moralisch-politischen Achse. Über solche Identitätspolitik konnte sich in Polen die Gesellschaft als Sozialbewegung und politisches Subjekt konstituieren. Für die Orthodoxie dagegen ist nicht die Dialektik sondern eine Bipolarität von Diesseits und Jenseits, weltlicher Macht und geistlicher Wahrheit, charakteristisch. Dem entspricht in der religiösen Praxis der Gegensatz einer hauptsächlich in Riten und Bräuchen zum Ausdruck gebrachten Volksreligion einerseits und einer elitären Weltflucht der Einsiedlermönche in die mystische Einheit mit Gott andererseits. Beide Ausdrucksformen orthodoxer Religiosität stehen unvermittelt nebeneinander und wirken weder aufeinander noch auf die weltliche Ordnung zurück. Der polnische Soziologe Wnuk-Lipinski hat die Grundlagen des Widerstandes und der Mobilisierung der Gesellschaft gegen den Staat in einer sozialen Dimorphie gesehen, d. h. in der Inkompatibilität von über die Familie tradierten kulturellen Normen mit den normativen Standards des von außen oktroyierten sowjetischen Systems. Den Kern dieser Dimorphie hat er an der dem westlichen Christentum zuzurechnenden Idee der Personalität des Menschen festgemacht⁴⁶, eine Idee, die das östliche Christentum mit seiner Betonung der Sobornost⁴⁶, d. h. der die Individualität des Menschen anhebenden religiösen Gemeinschaft, nicht kennt. Wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, daß die – für die mitteleuropäischen Gesellschaften zu konstatierende – Inkompatibilität von kulturellen Normen und sowjetischem System nicht nur auf unterschiedliche inhaltliche Bestimmungen der Normen verweist, sondern auf die andersartige Form der Normativität selbst: ihren abstrakten bzw. ihren substantiellen Charakter. Dem entsprechen gegensätzliche Sozialisationsweisen: die Individualität und das Kollektiv.

Die gegensätzlichen religiösen Grundlagen der Gesellschaft lassen sich auch auf der Ebene der symbolischen Konstruktion von „Nation“ wiederfinden: in den mitteleuropäischen Selbstbildern von Nation als kulturell integrierter, aber individualisierter Gesellschaften und der rumänischen kollektiven Imagination als einer durch Bedrohung und Abgrenzung nach außen verbundenen Gemeinschaft.

6. Die Revolte 1989/90 und die evolutionäre Transformation des politischen Systems

Der Moment des politischen Durchbruchs wird in Mitteleuropa an der Etablierung der „Runden Tische“ und den Gründungswahlen, d. h. an der Einführung des demokratischen Prinzips festgemacht. Die ersten Wahlen führten zu einem Wechsel der politischen Eliten, setzten das Prinzip der

46 E. Wnuk-Lipinski, Social Dimorphism, in: I. Bialecki/J. Koralewicz/M. Watson (Hrsg.), *Society in Transition*, London 1987.

politischen Nomenklatur und die Prärogative der Partei außer Kraft und etablierten Öffentlichkeit, Elitenkonkurrenz und Rechtsstaatlichkeit als Pfeiler einer neuen politischen Ordnung. Der politische Durchbruch eröffnete zugleich den Weg zur Radikalisierung einer ökonomischen Transformation, die bereits seit der Mitte der achtziger Jahre eingeleitet worden war. Die Wirtschaftsreformen hatten nicht nur einer Differenzierung und Dezentralisierung des ökonomischen Steuerungssystems, sondern auch rechtliche Voraussetzungen für eine „spontane Privatisierung“ und den Transfer politischer Macht in private Verfügungsrechte geschaffen. Mit dem politischen Durchbruch wurde die Privatisierung und kapitalistische Umgestaltung zum Programm erhoben, und die spontane Aneignung von Eigentum durch die Nomenklatur rechtlicher und politischer Kontrolle unterworfen.⁴⁷ Die rechtliche Regulierung wurde dabei überall durch informelle Netzwerke unterlaufen, die über den privilegierten Zugang zu Informationen oder auch zu Krediten neue Formen des politischen Kapitalismus entstehen ließen. Ferner entstanden in Ungarn schon unter der konservativen Regierung und in Polen verstärkt nach der Regierungsübernahme durch die post-kommunistischen Gruppierungen von Linksbündnis und Bauernpartei korporative Verflechtungen mit einer Tendenz zur Monopolisierung von Märkten und zur Vermischung staatlicher und privater Eigentumsanteile. Diese Hybriden wurden von ihren Konstrukteuren als strategische Akteure einer aktiven Weltmarktanpassungs- und Markteroberungspolitik gerechtfertigt. Die zwitterhafte Eigentumsform und Ansätze parteipolitischer Patronagepolitik bedeuteten aber die Schwächung von Eigentumsrechten und eine Aufwertung des politischen Kapitalismus. Zugleich wurde diese Entwicklung in beiden Ländern durch eine kritische Öffentlichkeit und eine beginnende Assoziation und Artikulation neuer gesellschaftlicher Akteure (Organisationen mittelständischer Privatunternehmer; Interessenvertretungen der städtischen Selbstverwaltungen; Konsumentenverbände; autonome Gewerkschaften; Berufsverbände und Stiftungen) rationalisiert und ansatzweise relativiert.

Motoren dieser Entwicklungsdynamik waren zum einen der revolutionäre Bruch der Spielregeln durch die rechtliche Garantie von politischer Demokratie und ökonomischen Eigentumsrechten und zum anderen der damit gesetzte Wandel der Positionierung vorgegebener Akteure, sowie der Logik ihrer Interaktion.

In Rumänien, wo Demokratie 1990 gleichermaßen rechtlich durchgesetzt wurde, fehlten zu Beginn der neunziger Jahre die Voraussetzungen für eine analoge Dynamik.

47 Der Umfang, in dem die politische Kontrolle der Privatisierung gelang und die „spontane Privatisierung“ blockiert wurde, war von Land zu Land unterschiedlich. Faktoren, die den „wildem“ Zugriff des Managements begrenzten, waren die Handlungsmacht des demokratischen politischen Zentrums und die betriebliche Kontrollmacht der Gewerkschaften. Beides war in Polen stärker ausgeprägt als in Ungarn.

Mangels einer gesellschaftlich verankerten und politisch erfahrenen Opposition konnte in Rumänien die urbane Revolte im Dezember 1989 zwar die Ceausescu-Diktatur stürzen, aber keinen radikalen Systemwandel herbeiführen. Sie schuf die Rahmenbedingungen für die Machtübernahme durch die Front der Nationalen Rettung (*Frontul Salvării Naționale*), eine Gruppe von Reformkommunisten, die sich einem „Perestroikismus“⁴⁸ verpflichtet fühlten. Nicht nur durch die Übernahme des gesamten Staats-, Partei- und Sicherheitsapparates und die Biographien ihrer führenden Persönlichkeiten, sondern auch durch die Pflege eines autoritär-populistischen politischen Diskurses, erwies sich die neue Elite als direkte Nachfolgerin der alten. Einerseits bot sie durch den Präsidenten Iliescu eine paternalistische Identifikationsfigur für die bäuerlichen Massen, andererseits aktivierte sie mit der Hilfe des übernommenen Propagandaapparates die Angst in der rumänischen Gesellschaft, etwa durch Gerüchte über Terroristen, die vom rumänischen Fernsehen verbreitet wurden. Mit der wachsenden Verunsicherung wuchs in der Bevölkerung die Bereitschaft, eine autoritäre Politik zu akzeptieren, z.B. den Einsatz der Bergarbeiter gegen die intellektuelle Opposition in Bukarest, der angeblich einen Bürgerkrieg verhindern sollte. Das um so mehr als solche Akzeptanz durch eine populistische Wirtschaftspolitik (staatliche Subventionierung der Preise für Energie und Grundnahrungsmittel, Nichtinangriffnahme der industriellen Restrukturierung) honoriert wurde.

Unter solchen Bedingungen konnte sich eine demokratische Opposition nur schwer behaupten. Dies lag auch daran, daß diese sich in der ersten Phase auf die reaktivierten historischen Parteien der Zwischenkriegszeit stützte, deren konservativer Diskurs mit seinen anachronistischen Forderungen (z.B. nach einer Wiedereinführung der Monarchie) und seinem moralischen Ton, der als vindikativ empfunden wurde, bei der Mehrheit der Bevölkerung Befremdung und Ablehnung auslöste. So konnte sich die bürokratische Elite auch unter den neuen Bedingungen eines demokratischen Wahlgesetzes, eines Mehrparteiensystems und der Anerkennung der parlamentarischen Opposition nach dem eindeutigen Wahlsieg im Mai 1990⁴⁹ behaupten. Zwar kam es schon 1990/91 zur Verabschiedung eines Bündels von Reformgesetzen, die Voraussetzungen schufen für private Wirtschaftstätigkeit, die Landreform und die Privatisierung der Staatswirtschaft. Zwar vollzog sich die Umgestaltung kleiner und mittlerer Betriebe insbesondere im Dienstleistungssektor rasch und es entstand eine Vielzahl von Kleinunternehmen bzw. Selbständigen. Die Privatisierung der Industrie wurde aber erst 1996 in Angriff genommen. Die Reformgesetzgebung diente den bürokratischen Eliten, deren Apparate unbehelligt blieben, sich

48 A. Mungiu, *România după '89: Istoria unei neînțelegeri*, Bukarest 1995.

49 Der Präsidentschaftskandidat der Front, Ion Iliescu, erhielt 85,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und im Parlament erzielte die Front mit 67,01 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Zweidrittelmehrheit.

über „spontane Privatisierung“ und Patronagepolitik in der neuen Privatwirtschaft und dem staatlichen bzw. teilstaatlichen korporativen Sektor zu verankern. Die übergroße Mehrheit (80 Prozent) der rumänischen Millionäre stammte aus der Nomenklatur, dabei spielten die Beziehungen der Securitate insbesondere in der Rüstungsindustrie und im Waffenhandel eine besondere Rolle. Einen schnellen Reichtum für alle versprachen sogenannte „Spiele“ (z. B. Caritas in Cluj), die mit betrügerischen Praktiken den unerfahrenen Normalbürgern ihre Ersparnisse aus den Taschen zogen. Die sich rasch verschlechternde wirtschaftliche Lage führte zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Regierung reaktivierte unter diesen Bedingungen den nationalistischen Diskurs der Ceaușescu-Epoche, einerseits um die Legitimierung der neuen Macht zu gewährleisten, andererseits um über den Mechanismus der Schuldzuweisung soziale Spannungen abzubauen.

Unter den veränderten außen- und innenpolitischen Bedingungen kam es nun aber zu wachsenden Spannungen innerhalb der neuen Machtelite, die im September 1991 zum Rücktritt der Regierung Roman und im März 1992 zur Spaltung der Front führten. Zwar gelang es dem ehemaligen Premierminister Petre Roman auf dem Kongreß der Front die Mehrzahl der Delegierten für sein neues, reformorientiertes Programm zu gewinnen, was aber die Gruppe um Präsident Iliescu dazu veranlaßte, die „Front der Nationalen Rettung“ zu verlassen und die „Demokratische Front der Nationalen Rettung“ (*Frontul Democratic al Salvării Naționale*) zu gründen. Dieser Sieg Petre Romans konnte machtpolitisch nicht umgesetzt werden, da die Gruppe um Iliescu die Unterstützung des gesamten Apparates genoß. Immerhin aber konnte die nun reformierte FSN bei den Wahlen 1992 als drittstärkste Partei abschneiden.⁵⁰ Das von der FSN erzielte gute Ergebnis widerspiegelte in dieser Phase noch nicht das reale Potential dieser Partei, da sie besonders in den ländlichen Gegenden aufgrund einer Verwechslung mit der FDSN gewählt worden war.⁵¹ Erst durch die Umbenennung in „Demokratische Partei“ (*Partidul Democrat*), das spätere Wahlbündnis mit der „Sozialdemokratischen Partei“ (*Partidul Social-Democrat*) und die Pflege eines sozialliberalen Diskurses gewann diese politische Gruppierung ein eigenes Profil und eroberte sich bei den Kommunalwahlen 1996 einen wichtigen Platz in der rumänischen Parteienlandschaft.

Parallel zu der Pluralisierung der Eliten war ein Aufschwung städtisch-demokratischer Kräfte zu beobachten. Dank der zunehmenden politischen Aktivierung der Intelligenzija kam es zur Gründung der „Gruppe für den

50 Präsident Iliescu wurde mit 61 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt, im Parlament blieb weiterhin die FDSN mit 27 Prozent der abgegebenen Stimmen die stärkste Kraft, wobei sich das Bündnis der Oppositionsparteien mit 20,1 Prozent als zweitstärkste Partei profilierte.

51 Als Zeugnis dafür stehen über eine Million ungültiger Stimmzettel, auf denen sicherheitshalber beide Parteien, FSN und FDSN angekreuzt worden waren.

Dialog in der Gesellschaft“ (*Grupul pentru Dialog Social*), die sich ursprünglich als Vermittlungsinstanz zwischen politischer Macht und Gesellschaft verstand, sich aber zunehmend der Schaffung politikfähiger gesellschaftlicher Akteure zuwandte, da sie erkannte, daß ohne sie ein Dialog unmöglich war. So entstand die „Bürgerallianz“ (*Alianta Civica*), die aus der die „Partei der Bürgerallianz“ (*Partidul Aliantei Civice*) hervorging. Im Vorfeld der Wahlen 1992 kam es dann zu einem Bündnis zwischen den historischen Parteien und den neuen oppositionellen Gruppierungen, das zur Entstehung der „Demokratischen Konvention in Rumänien“ (*Conventia Democratica din Romania, CD*) führte. Das Bündnis war als Wahlbündnis zwar erfolgreich und konnte für die vereinigte rumänische Opposition 20,1 Prozent der Wählerstimmen gewinnen, doch ihr Selbstverständnis als bipolare konservativ-liberale politische Gruppierung führte zwangsläufig zu internen Spannungen, die sich dann in der Abspaltung der radikalen liberalen Gruppierungen niederschlugen. Die CD konnte zwar bei den Kommunalwahlen 1996 ihre führende Position in den Ballungsräumen halten, mußte aber einige wichtige Positionen an die „Liberalen Allianz“ (*Alianta Nationala Liberala*) und die „Sozialdemokratische Union“ USD abtreten. Diese Tatsache bewirkte eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Oppositionsbündnissen, die auch von der Wählerschaft positiv wahrgenommen wurde. Dies wiederum wirkte sich in zweierlei Weise auf die regierende PDSR aus: einerseits versuchte die PDSR sich öffentlich – und besonders in der außenpolitischen Öffentlichkeit⁵² – von ihren extremistischen nationalistischen Koalitionspartnern zu distanzieren und eine politische Haltung einzunehmen, die dem von der Opposition gesetzten Maßstab entsprach, andererseits aber bediente sie sich intern autoritärer Praktiken, um das gewünschte äußere Bild herzustellen.⁵³

So konnte eine politische Parteienlandschaft entstehen, die der Ausgangskonstellation in den mitteleuropäischen Ländern 1990 nicht unähnlich ist. Die sich formierenden demokratischen Kräfte konnten zwar die kontinuierliche Machtausübung durch eine autoritär geprägte Elite bis in die Mitte der neunziger Jahre weder ausgleichen noch kontrollieren, sie trugen aber zu einer Öffnung der politischen Diskurse bei.

Schließlich gelang es der Opposition in den Wahlen im November 1996, eine Wachablösung einzuleiten.⁵⁴ Diese stellt sie nun vor die Aufgabe, die von der alten Regierung hinausgezögerten sozial kostspieligen

52 Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit Ungarn.

53 So wurde der unabhängige Außenminister Melescanu durch massiven Druck zum Eintritt in die PDSR gezwungen, um das Image der Partei im In- und besonders im Ausland zu verbessern.

54 Die Verteilung der abgegebenen Stimmen war wie folgt: CDR 30 Prozent; PDSR 23 Prozent; USD 13 Prozent; UDMR 7 Prozent; PRM 4,5 Prozent; PUNR 4,3 Prozent. Auch konnte sich Emil Constantinescu, der Kandidat der CDR, mit einer knappen Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen durchsetzen.

Strukturen durchzuführen. Ob der neuen Regierung mit einer neben den neuen wirtschaftlichen Eliten angeblich langsam entstehenden bürgerlichen Mittelschicht⁵⁵ tatsächlich eine reformorientierte gesellschaftliche Basis zuwächst, ist zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, daß sich die enttäuschten städtischen Protestwähler von den Demokraten abwenden werden und eine schmale Mittelschicht angesichts der wachsenden Kluft zwischen der reichen, inzwischen in der Wirtschaft verankerten Oligarchie und den pauperisierten Massen politisch wenig artikulationsfähig bleibt. Andererseits nötigt der Zwang zur Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zur Beibehaltung der demokratischen Offenheit des politischen Systems und zu einem stetigen Wandel der Wirtschaftsinstitutionen und ermöglicht damit ein weiteres Lernen der Gesellschaft.

Schluß

Wir waren an Ende unserer vergleichenden Überlegungen erschrocken über die scheinbar zwingende Logik kultureller Entwicklungsdeterminanten und haben uns bestürzt gefragt, wo denn die Handlungsoptionen für eine Gesellschaft wie die rumänische liegen. Dabei haben wir zwei Antworten gefunden:

- Die kulturelle „Determination“ ist ein Resultat und Kunstprodukt unserer ex post rekonstruierenden Analyse. Kultur determiniert nicht, sie läßt unendlich viele Handlungsoptionen offen. Kultur schließt aber aus. Sie kann etwa die „Übernahme“ von institutionellen Lösungen, die in andersartigen sozio-kulturellen Kontexten entwickelt wurden, unmöglich machen oder unterminieren. In unserem Beispiel betrifft dies den wenig erfolgreichen gewaltsamen Export des sowjetischen Systems nach Mitteleuropa und seine effizientere Oktroyierung auf die rumänische Gesellschaft. Die Problematik eines Institutionentransfers könnte sich in Zukunft auch an der Übertragung „fortschrittlicher“ westeuropäischer Lösungen nach Osten erweisen.
- Die „Revolutionen in Osteuropa“ haben wie kaum ein anderes Ereignis die begrenzten Kompetenzen der Sozialwissenschaften bloßgelegt und die Arroganz ihrer selbsterteilten Zuständigkeit für Reformempfehlungen sichtbar gemacht. Unbeeindruckt von ihrer Niederlage sind die Vertreter der Zunft nun vor allem wieder damit beschäftigt, zu sagen, was zu tun ist, statt zu überlegen, was geschieht. Wir haben uns auf die Rolle der Beobachter – und als Bürger wie teilnehmender Beobachter – zurückgezogen und hegen die Hoffnung, daß die mit dem Systemwechsel eingeleitete Öffnung es den Mitgliedern der postsozialistischen Gesellschaften ermöglichen wird, in konfliktorischen Lernprozessen sich selbst zu definieren und ihre institutionelle Ordnung zu gestalten.

55 S. Brucan, *Stalpii noii puteri in Romania*, Bukarest 1996.

Weitere Literatur

- S. Alexandrescu, Rumania's Belated Take Off. An Essay on Political Transition, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 47-65.
- A. Aslund, Reform vs. „Rent-Seeking“ in Russia's Economic Transformation, in: Transition, 26. 1. 1996, S. 12-16.
- J. Batt, East Central Europe. From Reform to Transformation, New York 1991.
- R. Deppe/M. Tatur, Transformationssequenzen und Gewerkschaftskonstellationen in Polen und Ungarn, in: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, 4/1995.
- H. Frauendorfer, Das Recht auf Brot, Freiheit und Würde. Von der Opposition zur Revolution, in: Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, hrsg. von R. Wagner und H. Frauenhofer, Hamburg 1990, S. 73-102.
- R. Frydman/K. Murphy/A. Rapaczynski, Capitalism with a Comrade's Face, in: Transition, 26. 1. 1996, S. 5-10.
- A. U. Gabanyi, Die unvollendete Revolution, München 1990.
- A. Heinen, Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation, München 1986.
- K. Hitchins, East or West? Orthodoxism and Nationalism in Rumania in the 20th Century, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 89-101.
- G. Hunya, Recession and Transformation in Romania 1990-1991, in: ebenda, S. 35-47.
- G. Liiceanu, Was bedeutet es, in der Nachkriegszeit im Osten Europäer zu sein, in: ebenda, S. 109-117.
- G. Litvana, Revolucja Wegierska 1956 Roku. Reformy, bunt i represje 1953-1963, Warschau 1996.
- J. Szücs, Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt a. M. 1992.
- J. Staniszkis, The Dynamics of Break Through in Eastern Europe. The Polish Experience, Berkeley 1991.
- H. Sundhaussen, Die „Modernisierung“ der Balkanländer in vorsozialistischer Zeit: Ein Mißverständnis und seine Folgen, in: I. Gregori/A. Schaser (Hrsg.), Rumänien im Umbruch. Chancen und Probleme der europäischen Integration, Bochum 1993, S. 23-35.
- M. Tatur, Zur Dialektik der „civil society“ in Polen, in: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, hrsg. von R. Deppe, H. Dubiel und U. Röder, Frankfurt a. M. 1991, S. 234-255.

- W. Totok, Rumänisierung. Die Nationalitätenpolitik 1918–1990, in: Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, hrsg. von R. Wagner und H. Frauendorfer, S. 102–136.
- R. Wagner, Sonderweg Rumänien. Bericht aus einem Entwicklungsland, Berlin 1991.
- R. Wagner/H. Frauendorfer/H. Müller, Die Geheimpolizei Securitate, in: Der Sturz des Tyrannen. Rumänien und das Ende einer Diktatur, hrsg. von R. Wagner und H. Frauendorfer, Hamburg 1990, S. 61–73.
- K. Zernack, Zum Problem der nationalen Identität in Ostmitteleuropa, in: Nationales Bewußtsein und kollektive Identität, hrsg. von H. Berding, Frankfurt a. M. 1994, S. 176–188.